# Das Jüdische Echo

## Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr 4 — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München,



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

**Nummer 20** **München / 4. Jahrgang** **18. Mai 1917**


## Aus dem Reichstag.

Die Morgenblätter vom 15. V. melden:

.... Eine „kleine Anfrage" des Abgeordneten Dr. Cohn lautet:

„Ende März 1917 hat Djemal Pascha, der türkische Oberbefehlshaber der Sinaifront, angeordnet, die jüdische Bevölkerung, darunter deutsche, österreichische, ungarische und bulgarische Staatsangehörige aus Jaffa und aus den vor Jaffa gelegenen Ackerbaukolonien und Fruchtpflanzungen wegschaffen zu lassen. Militärische Rücksichten wurden als Grund der Maßregel angegeben; der deutsche Generalstabschef Djemals Pascha hatte sich aber dahin ausgesprochen, daß solche Rücksichten die Räumung jener Wohnstätten nicht gebieten. Nach den hier eingegangenen Berichten sind uuter den Augen der türkischen Behörden gegen die ausgetriebene Bevölkerung Gewalttaten und Plünderungen verübt, viele Flüchtlinge getötet worden. Für die Beförderung und die Ernährung der Vertriebenen haben nach jenen Berichten die türkischen Behörden nicht gesorgt. Kennt der Herr Reichskanzler diesen Sachverhalt? Ist er bereit, auf die osmanische Regierung in solcher Weise einzuwirken, daß — soweit es noch möglich ist — in Palästina die Wiederholung der armenischen Greuel mit Sicherheit ausgeschlossen werden?"

Auf die Tatsachen, die der von Herrn Dr. Oskar Cohn an den Reichskanzler gestellten kleinen Anfrage zugrunde liegen und die auch schon im Hauptausschuß des Reichstags besprochen worden sind, haben wir schon in unserer vorigen Nummer hingewiesen.

Anfragen über die Vorkommnisse, die vom Aktionskomitee an Herrn Dr. Thon gerichtet worden sind, haben bisher keine Antwort erhalten.

Herr Dr. Thon befindet sich in Jerusalem.

Von den zuständigen deutschen Behörden sind ebenfalls Nachfragen eingeleitet worden.

Wir hoffen, in der nächsten Nummer genauere Informationen erteilen zu können.

## Um die Zukunft Palästinas.

I.

In der englischen Presse veröffentlicht Minister Alfred Mand einen Artikel, in welchem er zur Judenfrage Stellung nimmt. Nach einer übersichtlichen Darstellung der Ereignisse in Rußland und Polen weist er auf die wohltätigen Wirkungen der Revolution hin, die 5 Millionen Juden befreit und Rußland die produktive Mitarbeit eines tüchtigen, unternehmungslustigen, loyalen Volkes zur Entfaltung seiner unerschlossenen Möglichkeiten sichere. Die jüdische Migrationsfrage verschwinde. Die vielen jüdischen Intellektuellen, die Rußland durch seine bisherige Judenpolitik an das Ausland verloren habe, werden nunmehr in ihrem Geburtsland ein ungeheueres Feld zur Betätigung finden. — Was Palästina, das im Herzen des jüdischen Volkes eine große Hoffnung weckte, betrifft, werden manche fragen: Sind die Juden für Bauernleben geeignet, das die Grundlage ihrer Entwicklung sein muß? Eine gute Antwort können die jüdischen Kolonien in Palästina und ihr glänzendes Resultat sein. — Bernard Shaw hat behauptet, daß es zwei Völker gibt, welche niemals zum Lande zurückkehren werden: das jüdische und das irische, weil sie zu klug sind. Aber diese Behauptung ist nicht richtig. — Für den Aufbau des autonomen jüdischen Staates ist von Bedeutung, daß die Juden und Mohammedaner sehr für einander passen, weil sie von der gleichen Rasse sind. „Ich will es ganz offen aussprechen," schreibt weiter Sir Mand, „man muß mich noch überzeugen, ob es politisch praktisch ist, einen jüdischen Staat in Palästina zu schaffen. Ich kann aber nicht einsehen, warum man den Juden nicht völlige Freiheit in der Verwaltung ihrer lokalen Angelegenheiten und den Schutz ihrer Arbeit und Entwicklung in Palästina garantieren soll. Es leidet keinen Zweifel, daß, wie immer die Zukunft Palästinas sein wird, die Juden eine derartige Garantie erhalten werden. Ob die Zionisten damit zufrieden sein werden, ist eine andere Frage."

II.

Der römische Korrespondent des „Journal de Genève" schreibt:

„Mit dem Eintritt der Türkei in den Konflikt sind alle religiösen Angehörigen der Ententestaaten aus Palästina verjagt und ihre Klöster geplündert und in Kasernen umgewandelt worden. Palästina bildet vom Standpunkt der katholischen Hierarchie eine Diözese, die von einem Bischof geleitet wird, der den Namen Patriarch führt und fast immer italienischer Nationalität ist. Man weiß sehr wohl, daß der tatsächliche Patriarch von Jerusalem Mgr. Camassei ist. Seit langen Monaten hatte der Vatikan keine Nachricht von ihm. Alles, was man weiß, ist, daß die religiösen Deutschen, die vor dem Kriege nur eine kleine Minorität darstellten, heute die Herren in Jerusalem sind. Das hat freilich nicht verhindert, daß die Türken Entweihungen und Vandalismen jeder Art unter dem wohlwollenden Auge der deutschen konsularischen Autoritäten begingen. Wenn die englischen Truppen in Jerusalem einziehen werden — und alles deutet darauf hin, daß dieser Tag nicht mehr ferne ist —

wollen wir nur wünschen, daß sie nicht zu viel Zerstörungen und Ruinen antreffen werden.

Eine einzige Sache beschäftigt in diesem Momente den heiligen Stuhl, daß der Traum des Zionismus sich nicht verwirklicht und daß Palästina, anstatt wieder ein jüdisches Königreich zu werden, das unveräußerliche Eigentum aller christlichen Mächte bleibt. Eine italienische Zeitung, die sich mit der zionistischen Frage beschäftigt, machte kürzlich zu dieser Sache eine interessante Bemerkung. Die Wiederherstellung Palästinas als autonomer jüdischer Staat würde die Entnationalisierung aller Juden Europas zur Folge haben, welche von jetzt an, stolz gemacht durch ihre wiederhergestellte Nationalität, in allen Ländern, wo sie wirklich wohnen, als Fremde betrachtet und behandelt würden.

Wohlan, die Juden haben gar kein Interesse, ihre gegenwärtige Lage gegen diejenige auszutauschen, welche aus einem kleinen, asiatischen Staatswesen hervorgehen würde. Es ist daher wenig wahrscheinlich, daß der nächste Friedenskongreß, wenn er sich mit Palästina beschäftigen wird, dieses Hirngespinst des Zionismus, womit sich die Einbildungskraft eines nur kleinen Teils der Israeliten umgibt, ernst nehmen wird.

Es scheint sicher, daß das heilige Land internationalisiert und direkt den großen christlichen Mächten unterstellt wird."

III.

Das „Israel. Wochenblatt für die Schweiz" knüpft hieran folgende Betrachtungen:

„Auf die Anklagen gegen die Türkei will ich nicht eingehen, obwohl die Beschuldigung der Zerstörung christlicher Heiligtümer neu ist. Für uns ist der Artikel nach vielen Seiten hin interessant. Erstens schon darin, daß man sich in der großen Öffentlichkeit, in allen Ländern, mit der Palästinafrage für uns Juden befaßt und der Ansicht ist, daß sie auf der zukünftigen Friedenskonferenz ernstlich in Betracht gezogen werden wird. Ein Beweis dafür ist, daß man in kirchlichen Kreisen schon die Möglichkeit der Wiedererrichtung eines autonomen jüdischen Staatswesens befürchtet. Das zweite ist, daß auch in den Ententekreisen — wir sehen das aus dem vorwöchigen Bericht aus London — keine Neigung zu bestehen scheint, Palästina jüdisch zu machen, sondern daß es durch seine Internationalisierung christlich gemacht werden solle. Man will es nicht internationalisieren in Bezug auf die Volksstämme, sondern in Bezug auf die Religionen. Freilich nur in Bezug auf die christlichen. Allerdings sind wir noch nicht so weit. England hat Jerusalem noch nicht erobert, und selbst, wenn es die heilige Stadt erobert hätte, ist die weit wichtigere Frage, ob die jetzt so eng verbundenen Mächte nicht bei den Verhandlungen auf dem Friedenskongreß, wenn die nüchterne Überlegung den Kriegseifer und die durch ihn rege gehaltenen Hyperpläne verdrängt haben wird, die Notwendigkeit des Weiterbestandes der Türkei als Zwischenstaat einsehen und danach beschließen werden. Sollte es aber wirklich so werden, wie man jetzt in London, Paris und Rom schreibt, daß Palästina christlich internationalisiert wird, gehen wir da nicht der Gefahr entgegen, daß das internationale Judentum dadurch schweren Schaden erleiden wird, schwereren als unter einer freien Türkei, die der nationalen Entwicklung der Juden kein Hindernis in den Weg legt? Jedenfalls sind alle diese Berichte eine ernste Mahnung an die zionistische Leitung, dafür zu sorgen, daß die führenden Kreise in allen Ländern Fühlung mit ihren Regierungen suchen und Propaganda für die zionistische Idee machen, damit nicht später deren widerstreitende Ansichten uns dann zu einer quantité négligeable machen, über die es sich nicht lohnt, weiter zu verhandeln, wenn ihnen wichtiger scheinende Dinge dadurch gefährdet werden könnten.

Für uns alle aber ist es eine Mahnung, einig zusammenzuarbeiten, uns nicht zu zersplittern oder gar gegenseitig zu bekämpfen. Die Sache, der wir dienen und die uns heilig erscheint, kann nur durch geschlossene Einigkeit gefördert werden."




IV.

Im Jahrbuch des „Rietsch" bespricht der jetzige Minister des Äußeren, Miljukow, die Ansprüche Frankreichs auf Syrien. Er weist in seinem Artikel sehr energisch darauf hin, daß die Gerechtigkeit eine Berücksichtigung der historischen Rechte des jüdischen Volkes auf Palästina verlange, wenn auch die Juden nicht die Mehrzahl der Bevölkerung dieses Landes bildeten. Miljukow drückt seine Überzeugung aus, daß die jüdische Kolonisierung Palästinas ein große Zukunft vor sich habe. Zum Schluß schlägt er vor, Palästina unter internationale Kontrolle zu stellen.

V.

Im Berliner „Reichsboten" lesen wir folgenden Artikel von Gustav v. Dobbeler:

„Der Zionismus beschäftigt sich schon längere Zeit mit der Sammlung, zunächst der geistigen Sammlung, des in der ganzen Welt verstreuten Judentums, mit der Aussicht, dasselbe auf einmal politisch zu vereinen, ihm einen neuen Staat, wenn möglich im Lande der Erzväter, in Palästina, zu geben. Eine nicht unerhebliche jüdische Rückwanderung in das aller Juden Sehnsucht erfüllende Land hat sich in den letzten Jahren betätigt, der das Jungtürkentum fast keine Schranken mehr entgegensetzte. Blühende Kolonien entstanden am Karmel und Libanon. Altes Fruchtland begann wieder ertragreich zu werden, jüdischer Handel und Wandel Einzug in das Land der Erzväter zu halten; und in christlichen Kreisen fehlte es nicht an Freunden, die mit Begeisterung der Rückkehr des „auserwählten Volkes" Weg und Steg zu bereiten suchten, knüpfte sich doch eine biblische Hoffnung, die Hoffnung auf die Wiederkehr Christi, an dieses voraufgehende Zeichen. Hatte man unter diesen frommen christlichen Wegbereitern bislang uneigennützige, aufrichtige, von religiöser Kraft getragene Charaktere zu suchen, deren Tun vielleicht nicht allgemeinverständlich war, jedenfalls

aber in seiner Reinheit sympathisch berührte, so kann man sich nur mit Widerwillen abwenden, wenn nunmehr rein religiöse Motive politisch ausgenützt werden, wenn England den Zionismus als neuestes Roß vor den Wagen seines Imperialismus spannt. Es soll nicht geleugnet werden, daß eine Stärkung des türkischen Staatswesens durch den arbeitsfrohen jüdischen Einfluß gerade an der heißbegehrten Brücke zwischen Ägypten und Indien den Mittelmächten nur gelegen kommen würde und daß wir nicht davor zurückzuschrecken brauchten, eine solche Entwicklung zu fördern. Wir würden eine solche Unterstützung aber offen als dem politischen Judentum allein geltend zugestehen und unseren rein politischen Taten nie den Mantel erheuchelter Frömmigkeit umhängen, wie England und sein erster Verfechter Wilson es glauben tun zu müssen. England denkt ja auch gar nicht daran, dem Reiche Gottes durch Zurückführung der Juden einen Dienst leisten zu wollen, wenn es dergleichen auch mit größtem Pathos behaupten mag, es denkt nicht daran, den Juden eine Wohltat zu erweisen, es will lediglich einen Staat schaffen, der der jüngste und vielleicht nicht schlechteste Vasall seines Weltreiches sein soll.

„Es ist klar, daß England im Begriff steht, Hand in Hand mit der „friedlichen Durchdringung" Arabiens, der kriegerischen Eroberung Bagdads durch Schaffung einer jüdischen Republik den allerklügsten politischen Schachzug zu tun, einen Zug, der bei sonst für ihn unglücklichem Ausgang des Krieges alle sonstigen Verluste reichlich wieder wett macht. Wir haben sehr auf der Hut zu sein, um hier nicht in eine diplomatische Falle zu geraten!

„Eine starke Türkei ist der weisen Voraussicht unseres Kaisers seit Jahren Gegenstand vieler mühevoller politischer Arbeit gewesen. Wir werden im kommenden Frieden mehr denn je unserem türkischen Bundesgenossen zur Seite stehen müssen, um ihm zur inneren Erstarkung zu verhelfen. Ein gewiß nicht zu verachtendes Mittel würde hierzu die Schaffung eines in strengster Abhängigkeit von der türkischen Oberhoheit befindlichen jüdischen Staatswesens sein, dem dennoch Gelegenheit gegeben sein muß, sich in seiner Volkseigentümlichkeit zu entwickeln. Der Jude ist ein geborener Kolonist. Wie kein anderer Mensch auf Erden versteht er es, alle gebotenen Vorteile auszunützen. Sein betrieblicher Sinn wird die Bodenschätze Palästinas erschließen, wird Wälder anlegen, Brunnen finden, wird dem Ackerland die schönsten Früchte entlocken — wenn er auch nicht selber Landwirt ist. Arbeitskräfte findet er unter den Fellahs dort genug. — Der Handelsverkehr der ganzen Türkei wird mit dem geschlossenen jüdischen Element in seinem Reichskörper erstarken und es wird eines Tages dann so weit sein, daß die Türkei ihren Reichtum erkennt und erfaßt und daß sie in der Lage sein wird, sich gegen äußere Feinde zu wappnen, wie die Bundesgenossen in Mitteleuropa.

„Wie ein Präriebrand durch Gegenfeuer gelöscht wird, so können wir Englands neuestem imperialistischen Vorhaben begegnen, indem wir ihm vorwegnehmen, was es zu tun beabsichtigt. Die Gründung eines jüdischen Staatswesens unter türkischer Oberherrschaft würde für uns Notwehr sein, wie der U-Bootkrieg die einzig mögliche Antwort auf die englische Blockade ist. Feuer gegen Feuer. Die Wiederherstellung des jüdischen Staates dürfte aber noch in weiterer Hinsicht als wünschenswert erscheinen. Bei aller Anerkennung der jüdischen Tüchtigkeit und nie zu verwischenden Charaktereigentümlichkeit müssen wir bekennen, daß wir darunter leiden. Der Jude hört nie auf, Jude zu sein — selbst wenn er Christ wird. Das Völkische in ihm ist nie zu ersticken. Ist er ein Deutscher, kämpft er für das deutsche Vaterland nicht selten mit anerkennenswerter Tapferkeit und Hingabe, — trotz alledem wird der Jude nie verleugnen können, daß er über allem Deutschpatriotismus ein jüdischer Patriot ist, daß sein jüdisches Gemeinschaftsempfinden alle anderen Regungen unbedingt in zweite Linie stellt. Darum steht der Jude, wenn er sich auch aufs regsamste im deutschen Geistesleben betätigt, immer wie ein Fremder unserem tiefsten Denken und Fühlen gegenüber. Er mischt sich in unsere Politik mit fanatischem Eifer. Uns ist es lästig; denn der Jude kann wohl Urteilslose fortreißen, fern steht er in Wirklichkeit der deutschen Volksseele. Der jüdische Geist zerlegt alles, ordnet es restlos unter Gesetze der Nützlichkeit und Vernunftmäßigkeit und kann die phantasievollen schöpferischen Eingebungen des deutschen Geistes nicht miterleben. Der Jude ist Gesetz. Wir sind Glaube! Eine jüdische Abwanderung würde uns von einem Druck, unter dem unsere Politik, unsere Kunst, unser Zeitungswesen, Handel und Wandel stehen, befreien! Wir könnten uns deutsch-völkischer entwickeln und brauchten uns den überlegen sich gebahrenden Spott des Juden nicht mehr bieten zu lassen, wie er uns täglich in den Spalten gewisser Tageszeitungen entgegengrinst!

Die Gründung eines jüdischen Staatswesens würde aber dem unruhevollen Volke der Juden neue Geschlossenheit und eine positive — nicht mehr zersetzende — Kraft verleihen. Als betriebsamer Handelsstaat würde es die Türangel zwischen den Weltteilen Europa, Asien, Afrika werden, als Kolonistenvolk eine bedeutsame Blutauffrischung für die einer solchen bedürfenden Türkei. Da die Juden politisch meist zur republikanischen Seite hinneigen, so soll man ihnen eine Republik auf dem Urväterboden schenken. Die jüdische Republik hat aber für alle Zeit ein Bestandteil des Osmanischen Reiches zu bilden!

Der Gedanke der Gründung eines jüdischen Staatswesens ist gut für den, der ihn ausführt."

Diesen kuriosen Ausführungen, die natürlich durchaus nicht unserer Stellungnahme zum Problem entsprechen, brauchen wir wohl kaum etwas hinzuzufügen.

## Ein unnatürliches Bündnis.

Unter dieser Überschrift schreibt das „Frankfurter Israelitische Familienblatt":

Wir haben einen Briefwechsel zwischen Herrn Paul Nathan, dem Leiter des „Hilfsvereins", und dem Grafen Roniker, einem der führenden Männer der polnischen Aktivistenpartei, publiziert.

Herr Dr. Paul Nathan hatte in seinem Briefe den polnischen Politiker um seine Ansicht über die polnische Judenfrage gebeten, und Graf Roniker erwiderte mit der Beteuerung der üblichen liberalen Phrasen von Toleranz und Humanität, mit der polnische Politiker ihren Standpunkt in der Judenfrage stets zu umkleiden pflegen, und die in ihrer vagen Allgemeinheit und verklausulierten Unverbindlichkeit so gut wie nichts besagen. Der Briefwechsel als solcher enthält fast nichts des Neuen und Interessanten; denn sowohl die Ansichten des Herrn Dr. Paul Nathan, wie auch die des Grafen Roniker, der hier nur als Typus für fast alle anderen polnischen Politiker erscheint, sind seit langem bekannt und können kaum noch die jüdische Öffentlichkeit interessieren.

Wichtig und näherer Betrachtung wert wird der Briefwechsel, dem Dr. Paul Nathan durch Versendung an Zeitungen möglichst starke Publizität zu geben versucht, lediglich durch seine symptomatische Bedeutung als Teil einer systematischen und wohlberechtigten Politik, die Herr Dr. Nathan in der polnisch-jüdischen Frage zu treiben sich bemüht. Daß er diese Absicht schon seit einiger Zeit hat, wissen wir sehr wohl, und mehrfache Reisen, die er nach Warschau unternommen, sowie verschiedene politische Aktionen, die er dort einzuleiten sich bemüht hat, gaben auch den maßgebenden politischen Kreisen des polnischen Judentums Kunde von dieser Absicht. Man darf heute ruhig sagen, daß alle Versuche, die Dr. Paul Nathan in Warschau unternommen hat, gescheitert sind. Angesichts seines bekannten Standpunktes, der sich mit der bürgerlichen Gleichberechtigung und religiösen Freiheit begnügt und auf alle nationalen und kulturellen Rechte Verzicht leistet, kann der Fehlschlag seiner Bemühungen ja auch nicht weiter wundernehmen. Dieser Fehlschlag hat ihn aber scheinbar nicht bewogen, von weiteren Versuchen, in der polnisch-jüdischen Frage aktiv aufzutreten, abzustehen, sondern ihn dazu verführt, sich bei seinem Vorgehen Bundesgenossen da zu suchen, wo er sie von vornherein zu finden hoffen durfte, und mit denen zusammen er nun die Politik machen will, deren Symptom sein Briefwechsel mit Graf Roniker darstellt.

Da er sah, daß alle nationalen Kreise seine Mitwirkung und politische Hilfe ablehnten, richtete er sein Auge auf jene orthodoxe Gruppe, die von den Herren Rabbinern Dr. Kohn und Dr. Carlebach gegründet ward, in der Annahme wohl, daß diese beiden Herren als deutsche Juden seinem nationalen Standpunkt mehr Verständnis entgegenbringen würden, als dies von seiten der wirklich polnischen Juden, an die er vorher herangetreten, geschehen war. Seine Annahme war ganz richtig, und in der „Agudas hoortodoxim" fand er den Bundesgenossen innerhalb des polnischen Judentums, ohne den sein politisches Auftreten in der polnisch-jüdischen Frage von vornherein fundament- und wirkungslos erschienen wäre.

Daß diese Bundesgenossenschaft besteht, dafür haben wir natürlich keine Dokumente und schriftliche Abmachungen zum Beweis; doch zeugen soviele eindeutige Symptome für ihren Bestand, daß ein Zweifel nicht möglich ist. Die Adresse der „Agudas hoorthodoxim" an den provisorischen polnischen Staatsrat, die dieselben Forderungen aufstellte, die Herr Dr. Paul Nathan vertritt, die unwürdige Haltung, die das Organ der „Agudoh", das „Jüdische Wort", den Polen gegenüber einnimmt, das Schreiben des Herrn Dr. Nathan an den Grafen Roniker und — als bezeichnendstes Symptom — der sonst unverständliche Lobgesang, den er in seinem vor zwei Wochen im „Berliner Tageblatt" veröffentlichten Artikel über die polnisch-jüdische Frage auf die „Agudas hoorthodoxim" anstimmt, all dies sind ganz klare und sichere Beweise für diese Bundesgenossenschaft.

Diese Bundesgenossenschaft aber ist das weitaus Interessanteste und Bedeutsamste an dem ganzen jüngsten Auftreten des Herrn Dr. Paul Nathan und an seiner Politik in der polnischen Judenfrage. Die Bundesgenossenschaft macht seine Politik erst wichtig und gefährlich. Träte er allein auf, sein Standpunkt müßte als der eines einzelnen deutschen Juden ohne jede Wirkung bleiben. So aber kann er jederzeit behaupten, daß die „stärkste jüdische Organisation" in Polen, die Agudas hoorthodoxim, mit ihren 23 000 Mitgliedern seine Auffassung teile und unterstütze, und kann sich damit den Anschein geben, als spräche er wirklich im Namen der jüdischen Massen in Polen und als sei er in der Tat legitimiert, für sie und über ihren Kopf hinweg mit den polnischen Politikern über die Judenfrage zu verhandeln.

Daß er dazu keinesfalls berechtigt ist, braucht jedem, der die Verhältnisse nur ein wenig kennt, nicht erst gesagt zu werden. Zunächst ist die Größe und Stärke der „Agudas hoorthodoxim" eine Sache von sehr problematischem Charakter. Mag sogar sein, daß 23 000 Mitglieder in ihren Listen eingetragen sind; aber wer weiß, wie solche Eintragungen zustande kommen und was sie bedeuten, wird verstehen, daß diese Mitgliederzahl allein die „Agudah" noch durchaus nicht zur stärksten oder gar einflußreichsten jüdischen Organisation in Polen macht. Und außerdem: auch die „Mitglieder" der „Agudoh" selbst würden sich in ihrer großen Majorität sehr davor hüten, Herrn Dr. Paul Nathan mit ihrer Vertretung zu betrauen, würden sie über seinen Standpunkt richtig aufgeklärt und würden sie überhaupt um ihre Meinung befragt werden. Aber das ist ja das Gefährliche und Verwerfliche an dieser ganzen Angelegenheit: daß einige deutsche Juden sich hier zusammentun, um „im Namen" des polnischen Judentums über seinen Kopf hinweg und gegen seinen Willen seine Rechte zu vertreten, richtiger gesagt, es preiszugeben. Denn daß die Polen ein solches Auftreten des Herrn Dr. Paul Nathan gemeinsam mit der „Agudas hoorthodoxim" für ihre Zwecke weidlich ausnützen werden, um darauf hinzuweisen, daß die polnischen Juden selbst ja gar keine nationalen Rechte fordern, ist selbstverständlich.

Wie unnatürlich und deswegen doppelt verwerflich dieses Bündnis zwischen Herrn Dr. Paul Nathan und der Gruppe der extremsten Orthodoxie ist, brauchen wir nicht erst aufzuzeigen. Der liberale Politiker und Freigeist in einer Front mit

dem „Gerer Rebbe“ und den Vertretern der „Freien Vereinigung“ ist wirklich ein Bild, das zum Lachen reizte, wäre es nicht so traurig infolge der gefährlichen Folgen, die dieses Bündnis nach sich ziehen kann. Im Grunde wiederholt sich hier das typische Bild, das man schon seit langen Jahren innerhalb des polnischen Judentums beobachten konnte: das Bündnis von der extremsten Assimilation und extremsten Orthodoxie, der Dickstein und Nathanson mit dem „Gerer Rebbe“ und seinen Gefolgsleuten. Diesmal sind es nun deutsche Juden, die die Leitung bei dieser Komödie übernommen haben; zur Entschuldigung der polnisch-jüdischen Orthodoxie, soweit sie an diesem unwürdigen Spiel beteiligt ist, sei dies gesagt.

Gegen diese ganze „Politik“ aber bei Zeiten energisch Front zu machen, ist Pflicht der jüdischen Öffentlichkeit, vor allem in Polen selbst. Denn andernfalls kann sie, trotz aller Erfolglosigkeit im Positiven, zu der sie von vornherein verurteilt ist, doch negativ sehr unheilvoll und gefährlich wirken.

## Dreitausend Jahre jüdische Poesie.

Zum Vortragsabend von Lilly Freud und Arnold Marlé.

Man denke sich einen Vortragsabend, betitelt „Achthundert Jahre deutsche Poesie“, dessen Programm wie folgt zusammengesetzt wäre: Nibelungenlied, Peter Altenberg, Rilke, Ganghofer und das Tendenzgedicht irgendeines obskuren Dichterlings. Minnesänger, Goethe, Schiller, die Romantiker fehlten ganz. Ein solches Programm wäre doch gelinde gesagt, skandalös zu nennen. Nicht viel besser war das Programm des Vortragsabends, den Lilly Freud und Arnold Marlé von den Münchner Kammerspielen letzten Montag im Bayerischen Hof veranstaltet haben.

Es begann mit der Bibel und sprang dann unmittelbar in die Moderne über. Die ganze Sagenpoesie des Talmuds und der Midraschim war nur mit einem belanglosen Stück vertreten, und die mittelalterlicheDichtung fehlte ganz, als ob dieJuden zwischen der Bibel und Herrn Hugo Salus keine Dichtung gehabt hätten. Und wie ist es mit den „großen Namen aus dem großen Goldzeitalter der arabisch-althispanisch jüdischen Poetenschule“? Vergeblich fragt man sich „nach dem Dreigestirn, nach Jehuda bei Halevy, nach dem Salomon Gabirol und dem Moses Iben Esra“. Wer kennt die Verse Heines nicht und wer wird über das Fehlen dieser erlauchtesten Namen im Programm nicht den Kopf schütteln? Der Einwand, daß es von diesen Dichtern keine guten Verdeutschungen gäbe, ist nicht stichhaltig: Winter und Wünsche haben uns hervorragende Übertragungen gegeben. Und die talmudische Sagenliteratur liegt in den musterhaften Übertragungen Ben-Gorions vor. Aber auch der zweite Teil des Programms, das die „Neuzeit“ repräsentieren sollte, war ganz unmöglich zusammengestellt: neben zwei Erzählungen von Scholem Asch und dem herrlichen „Wiegenlied an Mirjam“ von Beer-Hofmann, die sehr üblen Reimereien von Mathias Acher (dessen Bedeutung als Denker und Politiker wir nicht verkennen, der aber alles andere als ein Lyriker ist); das schöne Wiegenlied von Scholem-Aleichem in der kitschigsüßen Übersetzung Feiwels (während der Schatz der jüdischen Volkslieder in den meisterhaften Übertragungen Arnold Nadels vorliegt); von Perez „Im Mondenschein“ — das uncharakteristischste und schwächste, was Perez je geschrieben hat; ein vollkommen überflüssiges und durchaus unjüdisches Gedicht von Tschernichowsky. Der gröbste Mißgriff und die ärgste Geschmacklosigkeit war aber der Vortrag des „Ghettoliedchens“ von Hugo Salus: obwohl der Dichter Jude ist und das Gedicht von einem Judenmädel handelt, wirkt doch seine Einreihung in die „Dreitausend Jahre jüdischer Poesie“ auf jeden Juden wie ein Faustschag ins Gesicht. Unverständlich ist es uns, wie die Veranstalter des Abends so wenig Taktgefühl haben konnten: ein Lied, in dem ein Mädchen besungen wird, das ihr Judentum einem christlichen Ritter zuliebe verleugnet, hat doch wirklich nichts mit j ü d i s c h e r Poesie zu tun! Und dabei gibt es bei Salus einige wirklich hübsche jüdische Gedichte. Der größte der lebenden jüdischen Dichter, Bialik, war im Programm natürlich nicht vertreten, ebenso wenig wie Max Brod, Arnold Zweig, Else Lasker-Schüler und andere Dichter, auf die wir Juden stolz sein können. Das Publikum, das zum großen Teil aus Nichtjuden bestand, die sich über die Dreitausend Jahre jüdischer Poesie orientieren wollten, war sichtlich enttäuscht und verließ zum Teil den Saal vor Schluß des Abends, wodurch es wahrlich keinen Mangel an Geschmack bekundete.

Alles Obengesagte bezieht sich auf das Programm und nicht auf die Leistungen der Vortragenden. Die Mißstimmung, die das Programm hervorrief, blieb aber nicht ohne Wirkung auf die Beurteilung dieser Leistungen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß Arnold Marlé, das Buch Esther, das seine Glanznummer ist, ganz hervorragend gut rezitierte. Lilly Freud las ebenso glänzend Scholem Asch's „Verrückte Mutter“, womit sie das Publikum sichtlich hinriß. Ihre Vorträge aus der Bibel gefielen uns dagegen gar nicht; das Siegeslied Mosis kann von einer Frauenstimme wohl nie richtig gesprochen werden. Beer-Hofmanns „Wiegenlied“ sprach sie für unser Empfinden viel zu süßlich. Mit dem Vortrag der übrigen Gedichte konnte sie auch beim besten Willen keinen Erfolg erzielen.

Das Bedauerlichste an der Veranstaltung ist, daß das Thema „Jüdische Poesie“ für das Münchener Publikum jetzt für längere Zeit kompromittiert ist, und das ist gar nicht bitter genug zu beklagen.

ש"בשי

## Welt-Echo

**Jüdische Berufsberatung.** Die Hauptstelle für Berufsberatung der deutschen Juden in Berlin, die bereits umfangreiche Vorarbeiten in der Durchforschung ihres Tätigkeitsgebietes und der Herbeischaffung zuverlässigen Auskunftsmaterials unternommen und schon drei aufklärende Schriften über die Aussichten verschiedener Berufsarbeiten herausgegeben hat, wird nunmehr in gemeinsamer Tätigkeit mit den großen jüdischen Organisationen Deutschlands ihre praktische Tätigkeit aufnehmen. Die Arbeit der Hauptstelle wird gefördert durch den Zentralverein deutscher Staatsbürgr jüdischen Glaubens, den Verband der deutschen Juden, die Logen U.O. B.B., das Kartell der jüdischen Arbeitsnachweise und anderer Verbände. In Berlin wird die Berufsberatung für männliche Personen in dem von den U. O. B. B. Logen begründeten Verein für Arbeitsnachweise erfolgen, während die Berufsberatung für Frauen und Mädchen den getroffenen Vereinbarungen entsprechend durch den jüdischen Frauenbund ausgeübt wird. Beide

Beratungsstellen halten bereits regelmäßige Sprechstunden ab. Über die Münchener Zweigstelle werden wir noch berichten.

**Vom Jüdischen Nationalfonds.** Der Gesamtbetrag der im Monat April an den Jüdischen Nationalfonds abgelieferten Spenden beläuft sich auf 90 093 M. Hierzu haben beigetragen: Österreich 30 570 (davon 5877 aus dem besetzten Gebiet), Deutschland 18 672 (davon 7171 aus dem besetzten Gebiet), Nordamerika 18 538, Rußland 13 191, Holland 2395, Bulgarien 1834, England 1388, Schweiz 1099, Südslavische Länder 849, Neuseeland 470, Ungarn 377, Dänemark 357, Ägypten 241, Schweden 72 und Frankreich 40 M.

**Aus Rußland.** Das Amsterdamer „Joodsche Korrespondenzbureau" meldet, daß die Juden in Rußland sich nach wie vor nicht als einfache russische Staatsbürger betrachten, sondern als ein nichtrussisches Volk, dem dieselben Rechte und Pflichten zukommen, wie den anderen nichtrussischen Völkern des ehemaligen Zarenreiches. Sie fordern volle Gleichberechtigung sowohl im eigentlichen moskowitischen Rußland, wie in den neu zu bildenden autonomen Staaten, vor allem in Finnland, dessen Gesetzgebung bisher einen scharf antisemitischen Charakter trug. Das „Joodsche Korrespondenzbureau" hebt die Tatsache hervor, daß die Finländer, die seit Jahrzehnten nach Freiheit rufen, diese bloß für sich verlangen, sie aber anderen, wie z. B. den Juden verweigern. Die provisorische Regierung in Petersburg unterstützt die jüdischen Bestrebungen und unterdrückt mit größter Strenge jede antisemitische Propaganda. Alle antisemitischen Zeitungen Rußlands haben ihr Erscheinen eingestellt, wogegen in den meisten Städten Rußlands die von der früheren Regierung unterdrückten jüdischen Blätter wieder erscheinen.

**Eine hochherzige Spende für die jüdischen Kriegsnotleidenden.** Herr Julius Rosenwald in Chicago übermittelte dem jüdisch-amerikanischen Hilfskomitee ein bedingtes Anerbieten von einer Million Dollar für die jüdischen Kriegsnotleidenden. Herr Rosenwald will zu jeder Million Dollar, die im Jahre 1917 für diesen Zweck in Amerika gesammelt wird, 100 000 Dollar beisteuern. Die Spende Rosenwalds stellt die größte Schenkung dar, die jemals von einer einzelnen Person in Amerika für einen solchen Zweck gemacht wurde. Sie wird einen großen Ansporn für die im ganzen Lande organisierten Subkomitees bilden. Bis jetzt wurde im Jahre 1917 eine Gesamtsumme von 1 274 839 Dollar für Kriegshilfszwecke gesammelt.

**Wie die russischen Friedensfeinde hetzen.** Laut „Rjetsch" erhielt Miljukow folgendes Telegramm: „Das amerikanische Judentum ist beunruhigt über die Meldung, daß einige Elemente zugunsten eines Separatfriedens Rußlands mit den Mittelmächten arbeiten. Ein Sonderfriede würde die Wiederherstellung des autokratischen Regimes und für die russischen Juden eine schlechtere Lage als früher zur Folge haben. Das amerikanische Judentum ist bereit, den russischen Brüdern in der demokratischen Bewegung beizustehen, die als die einzige Hoffnung aller in Rußland ansässigen Völker erscheint." Hierauf antworte Miljukow: „Keine russische Partei hat bisher auch nur die Möglichkeit eines Sonderfriedens erwogen." Sehr auffallend ist an dieser russischen offiziösen Meldung, daß die Absender dieses angeblich amerikanischen Telegrammes nicht genannt sind. Dieser Umstand gestattet uns, an der Echtheit der amerikanischen Kundgebung zu zweifeln.

**Die Bibel in agrarischer Beleuchtung.** Die sich sonst sehr fromm gebärdende „Deutsche Tageszeitung“ scheint ganz zu vergessen, daß die Bibel auch ein den Christen heiliges Buch darstellt. Sie schreibt über das Buch der Bücher mit einem von Sachkenntnis ungetrübten Urteil: „Unter den Händen der kunstlosen Semiten, Türken und anderer Völker wurden die herrlichen Sagen zu jenen Schunderzählungen, wie sie im alten Testament und anderswo geschmacklos vorliegen.“ Dagegen finden wir in einem Organ der als gottlos verschrienen Sozialdemokraten, im „Hamburger Echo“, folgendes schöne Wort über die Bibel: „Jeder Mensch mit gereifter Lebenserfahrung, der unbefangen an die wundervollen biblischen Dokumente tiefster Lebensweisheit, gegründet auf eingehendster Menschenkenntnis, herantritt, muß von ihnen gefangen genommen werden.“

## Gemeinden- u. Vereins-Echo

**(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)**

### Personalien.

Das Eiserne Kreuz 1. Klasse wurde verliehen: dem kgl. Stabsarzt der Reserve Gustav Baum in Breslau, dem Assistenzarzt der Reserve Wilhelm Feldmann in Lübeck, Dr. Reis in Görlitz, kgl. Leutnant Hans Schlesinger in Frankfurt am Main, Leutnant Edel in Schneidemühl und Leutnant Dr. Artur Kauffmann in Frankfurt am Main.

Am 27. April verstarb in München der Landrat von Oberbayern und Gemeindebevollmächtigte Kaufmann Karl Ullmann im 48. Lebensjahr. Der Verstorbene erwarb sich um seine Heimatstadt, besonders aber um die liberale Parteiorganisation, große Verdienste. In der Abwehr des im vorigen Jahre in München drohenden Schächtverbotes, sind die Münchener Juden dem Verstorbenen zu großem Dank verpflichtet. Die auf dem alten, isr. Friedhof unter großer Beteiligung vor sich gegangene Beerdigung legte Zeugnis von der Beliebtheit und den Verdiensten des Toten ab.

Der Landgerichtsrat Dr. Emil Ulmann wurde zum kgl. bayer. Oberlandesgerichtsrat in München befördert.

Der Amtsrichter Sigmund Rindskopf wurde zum kgl. bayer. Oberamtsrichter in Nürnberg befördert

Der Tünchergehilfe Jakob Frankfurter wurde zum kgl. Tünchermeister an der kgl. Heil- und Pflegeanstalt in Klingenmünster ernannt.

Der Gymnasialassistent Heinrich Eismann wurde zum kgl. bayer. Reallehrer in Nürnberg befördert.

Der Stabsarzt Dr. Max Simon wurde zum kgl. bayer. Oberstabsarzt der Landwehr befördert.

Zu kgl. bayer. Hauptleuten bezw. Rittmeistern der Reserve wurden befördert die Oberleutnante Emil Fechheimer (Nürnberg), Emil Höchstädter in einem Inf.-Regt., Karl Vogel (München), Fritz Oettinger, L. Holzinger, Alfr. Grünebaum, sämtl. in einem Inf.-Regt., Frz. Gutmann bei einem Feldart.-Regt., Ernst Berg im Eisenbahnbat., Ludwig Kurzmann, Paul Krackenberger und Bernhard Weiß beim Train, Arnold Bernstein (Hof).

Zu kgl. bayer. Oberleutnants der Reserve wurden befördert die Leutnants Alfr. Falkenstein, Emil Staub, Kurt Neuwahl, Erich Jacoby und Artur Heidenheim bei der Infanterie, Paul Hirschmann, Otto Jacob, Hans Friedländer, Julius Haas und Alfred Carlebach













bei der Feldartillerie, Arthur Wollenberg bei der Fußartillerie, Siegfried Neumann bei den Pionieren, Viktor Mannheimer, Kurt Sahlmann, Julius Trier, Walter Strauß und Alb. Mayer beim Train, W. Haas bei einem Inf.-Regt.

Zu kgl. bayer. Leutnants der Reserve wurden ernannt die Vizefeldwebel Robert Löwensohn, Israel Koschland, Moriz Oppel, Joseph Fuchs, Wilhelm Sachs, Emil Weil, Alfred Werner, Karl Speyer, Max Fuchs, Kurt Eichenberg, Joseph Lehmann und Emil Neuhaus, alle bei der Infanterie, Artur Herrmann in einem Res.-Feldart.-Regt., Max Simson in einer Feldbatt., Oskar Hiller in einem Res.-Fußart.-Regt., Ludwig Weil in einer Mineurkomp., Otto Hirschler in einer Fernsprechabt., Philipp Hochschild im Train, Emil Höchster, Oskar Rosenfeld, Willi Toller, Jos. Neumann, Fritz Stern, Fritz Münz, Walter Kühn, Werner Lehmann, Hans Klestadt, Hugo Sundheimer, Ernst Götz und Fritz Dispecker sämtl. bei der Infanterie, Jos. David, Martin Mayer und Ernst Bing bei der Feldart., Heinrich Tauber bei den Pionieren, Albert Frank in einer Minenwerf.-Komp., Herb. Morg (Bayreuth), Lud. Silberstein (Würzburg), Hans Hecht und Erich Kehr (Kaiserslautern), alle bei der Infanterie.

Zu kgl. bayer. Oberärzten der Reserve wurden befördert die Assistenzärzte Dr. Artur Schohl (München), Dr. Fritz Hirschberg (München), Dr. Fritz Löwenthal (Nürnberg), Dr. N. Michalewicz (München), Dr. M. Plato, Herm. Meyer (München), Bruno Nowakowski (München).

Zu kgl. bayer. Assistenzärzten der Reserve wurden befördert die Unterärzte Julius Aub (Bamberg), Dr. Fritz Aub (Bamberg), Dr. Richard Bloch (Nürnberg) und Dr. Fritz Eiermann.

Zu kgl. bayer. Oberveterinären der Reserve wurden die Veterinäre Dr. Gustav Sinn und Hugo Rosenkranz befördert.

Großhändler Siegfried Steinharter und Rentier Nikolaus Fränkel in München und Fabrikbesitzer Alfred Guckenheimer in Nürnberg wurde das österr. Rote Kreuz-Ehrenzeichen verliehen.

## Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

**Umtausch der Zwischenscheine der V. Kriegsanleihe.** Wir weisen auf die Bekanntmachung auf der 2. Umschlagseite dieser Nummer hin.

**Jüdischer Wanderbund „Blau-Weiß“.** 20. Mai. 1. Zug: Starnberger Bahnhof 7.30 Uhr. Ins Heim. Kosten 75 Pfg. 2. Zug: Starnberger Bahnhof. Herzogstand. Kosten 2.85. 3. Zug: Ostbahnh. 1.25 Uhr. Perlach—Großhesselohe. Kosten 50 Pfg. 4. Zug: Hauptbahnhof: Abfahrt 5.18 Uhr. Wendelstein. Kosten 3.05. 1. und 3. Gruppe: Hauptbahnhof 8.35 Uhr. Pasing—Planegg—Solln. Kosten 40 Pfg. 2. Gruppe. Isartalbahnhof 8 Uhr. Ins Blaue. Kost. 5 Pfg. 4. Gruppe: Hauptbahnhof 7.30 Uhr. Mariabrunn—Maistig. Kosten 85 Pfg.

**Verein Bne-Jehuda.** Infolge Verreisung des Herrn Dr. Straus muß der Vortrag auf Dienstag, 29. Mai verschoben werden.

Kommenden Dienstag, 22. ds. abends 8.30 Uhr werden Briefe aus Palästina gelesen mit Diskussion. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen. Der Vorstand.



Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion i. V.: H. W. Stöhr, München — für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München